



Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode 2008 – 2012

32. Sitzung vom 14. Mai 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.20 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: R. Moll, P. Scaioli

Präsident:

Protokoll:

Christian Schaub

Sandra Sprecher

Mitteilung des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Anwesenden. Er berichtet, dass CVP-Mitglied Andrea Alt einen zweijährigen Auslandsaufenthalt in Namibia macht und deshalb per 30. April aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist. Für die beiden letzten Sitzungen der Legislatur wird sie von Herrn Karl Heim ersetzt, der vom Präsidenten willkommen geheissen wird.

Neu eingereichte Vorstösse

- Anfrage D. Zimmermann, FDP: Massive Vorwürfe gegen interGGA	236
- Postulat SP: Mehr Sicherheit bei Fussgängerstreifen	243
- Motion SVP: Verwaltungsrechtliche Vergehen bei der Sanierung Schloss Binningen	244
- Motion U.-P. Moos, SVP: Wiedereinführung Geburtstagsgeschenke für Mitarbeitende	245
- Anfrage Ch. Anliker, SVP: Littering im Schlosspark und beim Migrolino	246

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.

Das Büro schlägt folgende Ergänzung der Traktandenliste vor: Neues Traktandum 2 „Widerruf des Gemeindepräsidiums“. Dagegen gibt es keine Einwände.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 19.3.2012
2. Antrag des Gemeinderats vom 8.5.2012
Widerruf der Urnenwahl des Gemeindepräsidiums 241
3. Antrag des Gemeinderats vom 24.4.2012:
Ersatzwahl des Vizepräsidiums für das restliche Amtsjahr 2011/2012 240
4. Bericht der BPK vom 29.3.2012:
Teilzonenplan Hauptstrasse Nordwest 203
Geschäftskreisführung: Agathe Schuler
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.4.2012:
Neuorganisation der Grüngutentsorgung und Teilrevision des Abfallreglements 237
Geschäftskreisführung: Anne Mati
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.4.2012:
Motion für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse, Umsetzung 141
Geschäftskreisführung: Charles Simon
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.4.2012:
Rückzug Gemeindeinitiative vom 20.1.1992: Beiträge an Sekundarschulbauten 239
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.4.2012:
Postulat Fensterläden für das Imhofhaus, Beantwortung 167
Geschäftskreisführung: Mike Keller
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.12.2011:
Postulat GRPK: Änderung der Vereinbarung für die Unterbringung Asylsuchender mit Reinach: Stellungnahme des Gemeinderates betreffend Überweisung 205
Geschäftskreisführung: Anne Mati
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Motion SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 213
Geschäftskreisführung: Charles Simon
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.2.2012:
Motion R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 216
Geschäftskreisführung: Charles Simon
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.4.2012:
Postulat K. Bartels, CVP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 231
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.4.2012:
Postulat B. Büschlen, Grüne/EVP: Barrierefreie Benutzung aller Schulhäuser: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 235
Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz
14. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 19.3.2012

Das Protokoll der Sitzung vom 19.3.2012 wird auf Antrag von A. Jagtap wie folgt geändert:

Traktandum 7

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Traktandum 2

Nr. 241

Widerruf der Urnenwahl des Gemeindepräsidiums

Der Rat kann mit einer Zweidrittelmehrheit der Behandlung von nicht fristgerechten Geschäften zustimmen.

ABSTIMMUNG

Zulassung des Geschäfts : Einstimmig angenommen.

Abstimmung Anträge 1-3 des Gemeinderats: Einstimmig angenommen.

BESCHLUSS

://: 1. Die Urnenwahl des Gemeindepräsidiums vom 17. Juni 2012 wird widerrufen.
2. In Stiller Wahl als Gemeindepräsident für die Amtsperiode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2016 gewählt ist: Michael (Mike) Keller, FDP.

Traktandum 3

Nr. 240

Ersatzwahl des Vizepräsidiums für das restliche Amtsjahr 2011/2012

Die Fraktionspräsidentin V. Dubi erinnert daran, dass es vor 12 Jahren die gleiche Situation gab. Auch damals wurde die SP-Vizepräsidentin in den Gemeinderat gewählt und man erachtete es als sinnvoll, das Amt unter dem Jahr wieder zu besetzen, damit der/die nächste Präsident/-in schon Erfahrung sammeln kann.

Die SP schlägt Simone Abt als Nachfolgerin vor, die bereits eine Weile dem Rat angehört, schon in der Sozialhilfebehörde war und Landratserfahrung mitbringt.

BESCHLUSS

://: Als Vizepräsidentin für das restliche Amtsjahr 2011/2012 wird, bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen, mit 28 Stimmen gewählt:
Simone Abt, SP

Teilzonenplan Hauptstrasse

EINTRETEN

Willy Müller, FDP: Im November 2011 wurde das Geschäft an die BPK überwiesen. Es wurde in vier Sitzungen beraten. Der Teilzonenplan Hauptstrasse Nordwest bildet zusammen mit dem Quartierplan Dorenbach die Grundlage zur Entwicklung der Hauptstrasse Westseite (Dorenbachkreisel bis Holeerain). Die wichtigsten Punkte sind die 4- bis 5-geschossige Blockrandbebauung an der Hauptstrasse, der begrünte Hofraum, eine attraktive Vorzone an der Hauptstrasse und die Möglichkeit der Realisierung in Etappen. Die Anlage ist mit einer Einstellhalle mit zentraler Ein- und Ausfahrt erschlossen.

Der Teilzonenplan wurde als Gesamtes in der BPK positiv aufgenommen. Vor allem der lärmabgewandte Hofbereich mit dem Grünraum und den Spielplätzen ist eine sehr gute Lösung. Auch die unterirdische Einstellhalle mit 136 Parkplätzen trägt zur Verbesserung der heutigen Situation bei. Zur Diskussion Anlass gaben die Blockrandbebauung und die um 3,5 bis 5 Meter zurückgesetzte Baulinie. Da bestehende Bauten auf der alten Baulinie stehen bleiben und Neubauten zurück gesetzt werden müssen, kann es sehr langer dauern, bis die Blockrandstruktur umgesetzt ist. Es sind immerhin neun Besitzer betroffen.

Vorteile dieses Konzeptes sind: Verbreiterung des Trottoirs, Verbreiterung des Strassenprofils, Linksparierung für Kundenparkplätze wird möglich, analog der oberen Hauptstrasse können Bäume gepflanzt werden. Nachteil: Bis das Konzept umgesetzt ist, kann es Jahrzehnte dauern und die durchgehende Hausfront kann massiv wirken. Die BPK hat Alternativen zur Fassade aufgezeigt, denn es geht hier um das Eingangstor der Hauptstrasse Binningen, also die Visitenkarte. Alle besprochenen Varianten (Auskragung, Rückversetzung des Erdgeschosses etc.) fanden keine Mehrheit in der BPK. Das vorliegende Konzept berücksichtigt die Kriterien, die man als die wichtigsten erachtete (siehe Vorteile oben).

Weil die Fassadenfront massiv wirken kann, wurde ein Antrag grossmehrheitlich angenommen (siehe Beschluss Punkt 2).

Der BPK ist bewusst, dass in einem Teilzonenplan keine architektonischen Details geregelt werden können. Dazu braucht es einen Quartierplan mit einem konkreten Projekt. Doch gewissen Spielregeln sind in einem TZP möglich und architektonische Details sind ja bereits im Reglement vorhanden.

Fazit: Der Teilzonenplan ist eine wesentliche Verbesserung der heutigen Situation.

- Möglichkeit der Überbauung der Parzelle 441
- Attraktive Aussenräume
- Verbesserung der Wohnqualität
- Tiefgarage
- Attraktive Geschäftszone entlang der Hauptstrasse
- Etappenweise Realisierung

Die BPK folgt den Anträgen des Gemeinderats mit zwei Änderungen im Teilzonenreglement (siehe Beschlüsse).

Roy Ewald, SVP: Die vorgeschlagene Blockrandbebauung gibt für die Hauptstrasse ein Super-Facelifting. In der BPK wurden drei Bebauungsvarianten gründlich diskutiert. Keine war wirklich befriedigend. Für die SVP ist klar, dass die Baulinie zurückgesetzt werden muss. Noch wichtiger ist ihr jedoch, dass der Bauherr alle Freiheiten hat um die Gebäude mit oder ohne Arkaden zu erstellen. Die Fraktion schliesst sich den drei Anträgen der BPK an.

Daniel Zimmermann, FDP: Der neue Teilzonenplan bildet eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Westseite Hauptstrasse zwischen Dorenbachkreisel und Holleerain. Die FDP ist froh, dass die Planung mit Einbezug der Grundeigentümer gemacht und von diesen gut aufgenommen wurde. Der vorliegende Teilzonenplan enthält zeitgemässe raumplanerische Elemente wie begrünte Hofbereiche mit Spielplätzen, gute Erschliessung mit grosszügiger unterirdischer Einstellhalle und Etappierungsmöglichkeit. Die zurückgesetzte Baulinie mit Blockrandbebauung scheint bei Etappierungen und langen Realisierungszeiten problematisch zu sein und wirkt in Kombination mit bestehenden Liegenschaften städtebaulich nicht schön.

Trotzdem ist die FDP der Meinung, dass der TZP gesamtheitlich betrachtet werden muss und er eine wesentliche Verbesserung bringt. Sie stimmt allen Anträgen der BPK zu.

Thomas Hafner: Die CVP findet die Ausarbeit des neuen Teilzonenplans mit dem neuen Reglement sehr gut und folgt auch allen Anträgen des Gemeinderats. Die sehr gute Vorlage wurde intensiv diskutiert und man schliesst aus dem Bericht, dass das Geschäft nicht auf die leichte Schulter genommen wurde. Der neue TZP ist eine Verbesserung in allen Belangen und eine weitsichtige Planungsgrundlage für die kommenden Jahrzehnte. Man hofft, dass Bauherren, Eigentümer und Investoren in den kommenden Jahren den Mut aufbringen, etwas Attraktives zu erstellen.

Barbara Jost: Die SP-Fraktion findet den vorgeschlagenen Teilzonenplan ein gelungenes städtebauliches Konzept. Die zurückgesetzte Baulinie erweitert den öffentlichen Raum. Jedoch wird ein grosser Teil des zurückgesetzten Raums in privater Hand bleiben, die also auch mitgestaltet. Die SP will den Gemeinderat, der gesagt hat, dass das Eingangstor zu Binningen begrünt gestaltet werden soll, beim Wort nehmen. Man hätte das Pflanzen von Bäumen gerne im Reglement geregelt. Dass dies anscheinend nicht möglich ist, wird sehr bedauert und die Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat alle Möglichkeiten ausschöpft, damit ein grüner Eingang zu Binningen verwirklicht werden kann.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Die Fraktion begrüsst den vorgelegten Teilzonenplan. Die Raumöffnung und die mögliche Bepflanzung mit Bäumen werden ebenso begrüsst, wie die Tatsache, dass das Teilzonenreglement der in der Ortsplanung verabschiedeten Zentrumszone angepasst wurde. Die Grüne/EVP stimmt den Anträgen zu und hält fest, dass die Verkehrssituation mit der Ein- /Ausfahrt der Garagen wegen der Staugefahr und der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Auge behalten werden muss.

Gemeinderätin Agathe Schuler dankt im Namen des Gemeinderats für die gute Aufnahme des Geschäfts und die eingehende Beratung in der Bau- und Planungskommission.

Alle wünschen sich natürlich eine begrünte Hauptstrasse, doch ist der TZP nicht das Instrument um dergleichen festzulegen. Das hätte über einen Quartierplan geregelt werden müssen, doch wäre ein Quartierplan wegen der vielfältigen Eigentümer nicht zu realisieren gewesen. Die Begrünung wie auch die Ein- und Ausfahrtsmöglichkeit sollen im Auge behalten werden. Die Zukunft wird zeigen, ob allenfalls bereits diskutierte flankierende Massnahmen ergriffen werden müssen.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Anträge der BPK

- 1.: Einstimmig
- 2.: Art. 8, Abs. 3: Einstimmig
- 2.: Art. 14, Ausnahmen: Einstimmig

Schlussabstimmung Teilzonenreglement: Einstimmig

- 3.: Einstimmig

Kommissionspräsident Willy Müller, FDP stellt den Antrag, dass auf eine zweite Lesung verzichtet wird.

Abstimmung: Einstimmig

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Teilzonenplan Hauptstrasse Nordwest wird genehmigt.
2. Das Teilzonenreglement Hauptstrasse Nordwest wird mit folgenden Änderungen genehmigt:
Art. 8 Zentrumszonen, Abs. 3
Vorspringende Gebäudeteile dürfen, vom ersten bis und mit vierten Obergeschoss, die Baubereiche strassenseitig mit einer Breite von max. 3.0 Meter und einer Tiefe von max. 0,5 Meter überragen.
Art. 14 Ausnahmen
Der Gemeinderat ist berechtigt, in Abwägung öffentlicher und privater Interessen und in Würdigung der besonderen Umstände eines Einzelfalls, Ausnahmen von den Teilzonenvorschriften Hauptstrasse Nordwest zu beantragen. In begründeten Fällen können bei der Nutzungsart im Erdgeschoss für den Eigenbedarf der ansässigen Betriebe Ausnahmen beantragt werden.
3. Die Mutation zum Strassennetzplan im Bereich Hauptstrasse Nordwest wird genehmigt.
4. Auf eine zweite Lesung wird verzichtet.
-

Traktandum 5

Nr. 237

Neuorganisation der Grüngutentsorgung und Teilrevision des Abfallreglements

EINTRETEN

SP: Patricia Kaiser dankt für die Vorlage, die auf den ersten Blick gut aussieht. Beim näheren Betrachten merkt man, dass sie einseitig ist, denn alles ist auf Vergärung und Energiegewinnung ausgerichtet. Auch wenn der Kanton die Vergärung vorschlägt, heisst das noch nicht, dass es für Binningen die ökologischste und sinnvollste Variante darstellt. Der SP-Fraktion fehlen allerhand Informationen wie z.B.:

Was genau ist das Problem mit dem bisherigen Kompostier-System?

Stellungnahme der Öko-Gemeinde (Der Verein hat sogar einen Auftrag fürs Kompostieren)

Öko-Bilanz

Erklärung, wie es mit Gemeinderat Mike Keller und einem Interessenskonflikt aussieht

Zum Vorschlag: Vergären braucht wahnsinnig viel Energie. Binningen gehört zum Einzugsgebiet Pratteln, das ab 2015 30 000 Tonnen pro Jahr braucht. Geht man von einem LKW aus, der ca. 15 Tonnen fasst, dann braucht es sechs Lastwagen, die jeden Tag nach Pratteln raus fahren, damit diese Anlage überhaupt Sinn macht. Das ist eine enorme Menge, vor allem auch, wenn man bedenkt, was denn vergärt wird – nämlich energiereiche Materialien und flüssige Dinge (Frittierfett und Schlachthausabfälle). Blätter und Zweige geben nicht viel Energie. Im Umweltschutzgesetzkommentar ist die Grünabfuhr aufgeführt als Beispiel für Gratisabfuhr. Das würde für Binningen auch sinnvoll, damit die Mengen, die es braucht damit die Anlage Sinn macht, überhaupt erreicht werden.

Die geplante Schliessung der Bio-Klappe an der Lindenstrasse würde der Gemeinde Einsparungen von CHF 3900 beschern. Für die SP-Fraktion ist es ein Witz, wenn die Leute zuhause alles aufbewahren und in den Kompost werfen sollen, da die Angelegenheit sehr bald geruchsintensiv wird. In Anbetracht des Binner Budgets empfindet man es als übertrieben, über diesen bescheidenen Betrag überhaupt nachzudenken. Viel lieber würde man über einen dritten Standort nachdenken.

Im Paragraph 3 des Reglements, der nicht geändert werden soll, steht: „Organische Abfälle aus Feld, Garten und Haushalt sollen möglichst am Ort ihres Entstehens kompostiert und wiederverwertet werden.“ Das steht doch im Widerspruch mit dem jetzigen Vorgehen.

Die Änderung im § 4, Abs. 3 sagt, dass die organischen Abfälle auf ökologische Art und Weise verwertet werden sollen. Der SP ist noch nicht klar, was genau an dieser Vorlage ökologisch ist und möchte deshalb noch einiges geklärt haben.

Um die Änderung im § 13, Gebühren, ist man froh, denn da die Fraktion eine Gratisabfuhr möchte, ist es aus juristischer Sicht notwendig aufgrund des Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzips.

§ 15, Abs. 4: Diese Streichung findet man aus folgenden Gründen unnötig: 1. Die Nennung der Fachleute war noch nie nötig, da der Gemeinderat schon immer Fachleute beiziehen konnte. 2. Die Auflösung der Umweltschuttkommission ist nicht kausal. 3. Gerade in diesem Spezialbereich ist die Umweltkommission sinnvoll und die Streichung rechtfertigt die Forderung der SP nach einem Statement der Ökogemeinde.

Für die Fraktion ist also vieles unklar – man dachte auch daran, das Geschäft zurückzuweisen – doch kommt man dem Gemeinderat entgegen, indem man es an eine Spezko überweisen möchte.

Christoph Anliker: Die SVP hat festgestellt, dass einige Unterlagen der umfangreichen Vorlage gar nichts mit dem Geschäft zu tun haben. Da dies Verwirrung gestiftet hat, bittet man darum, in Zukunft nur Beilagen mitzugeben, die für das Geschäft auch wirklich relevant sind.

Aufgrund der vorliegenden Fakten besteht für die Fraktion kein Grund, den bestehenden Vertrag mit der Kompostierungsanlage Hardacker in Muttenz zu kündigen. Man hat einige Fragen:

Wurde eine Weiterführung des Vertrags ernsthaft geprüft? Wären andere Konditionen möglich? Wäre ein Umbau der Hardacker möglich (Vergärung)? Gibt es in der Region andere Anbieter? Gab es eine Ausschreibung? Was passiert mit dem jetzigen Standort Muttenz? Wie verhalten sie die anderen Gemeinden, die nach Muttenz liefern und wie haben sie auf die Binniger Kündigung reagiert?

Bei der Gegenüberstellung der Varianten 1 und 2 sagt der Gemeinderat, dass die Vorteile sehr gering sind. Für einen derart kleinen Mehrwert eine Differenz von bis zu CHF 81 500 zu bezahlen ist nicht einsichtig. Wie von der Vorrednerin bereits erwähnt, sind die Transportkosten und der Einfluss auf die Ökobilanz nicht ersichtlich.

Aufgrund der vielen offenen Fragen ist die SVP der Meinung, dass über die Kündigung dieses Vertrags in der GRPK diskutiert werden sollte. Da dieses Geschäft vor allem mit Abläufen zu tun hat, erachtet man die GRPK als sinnvoller denn eine Spezko. Sollte dieser Vorschlag nicht angenommen werden, lehnt die Fraktion die Änderung des Reglements ab.

FDP, Gerhard Metz: Seine Fraktion stimmt dem Gemeinderat einstimmig zu. In Bezug auf ökologische Aspekte ist man der Meinung, dass diese ausreichend behandelt wurden. Den Verweis auf die Abklärungen des Kantons für den Landrat erachtet man als sinnvoll, da es unnötig ist, dass jede Gemeinde alles neu zusammenstellt.

Der Redner geht kurz auf die bisher ungenannten Aspekte der Benutzerfreundlichkeit und Finanzen ein: Die Benutzerfreundlichkeit stuft man als sehr hoch ein. Das bisherige System der Grüngutabfuhr bleibt, doch kann neu jeder Haushalt auch Rüst- und Spezialabfälle mitgeben, die erwiesenermassen einen hohen Energiewert haben. Wenn gleichzeitig auch das Abfuhrintervall verdoppelt wird (wenigstens zu gewissen Zeiten), ist das ein weiteres Plus, das geschätzt würde.

Zu den finanziellen Aspekten: Die Festlegung der Gebühren ist Sache des Gemeinderats. Die Beilage 1 zeigt, dass sehr schwer abzuschätzen ist, was das neue System kosten wird. Erfreulicherweise sind in der Kasse für die Spezialfinanzierung des Abfalls CHF 682 000, was zum Schluss führt, dass es zu Beginn sicher keine Gebührenerhöhung für die neue Lösung braucht. Die FDP findet den Vorschlag des Gemeinderats gut und stimmt ihm zu.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Langjährige Verträge mit der Kompostierungsanlage Hardacker laufen aus. Die Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat dafür, dass er sich frühzeitig Gedanken über die Zukunft der

Grüngutentsorgung gemacht hat. Grundsätzlich kann man sich mit der Stossrichtung des Gemeinderats einverstanden erklären. Das heutige Abfuhrsystem mit der Bioklappe wurde sinnvoll weiterentwickelt. Die Eigenkompostierung ist nach wie vor die ökologischste Verwertungsform der biogenen Abfälle. Deshalb begrüsst man die Weiterführung der zentralen Kompostierung im bisherigen Umfang.

Die Variante 2 der Vorlage wird die Leute ansprechen, die ihre Abfälle getrennt sammeln aber nicht selber kompostieren. Die neue Grüngutabfuhr trägt mit der Vergärung der Abfälle zur Energiegewinnung bei.

Bei der Preisgestaltung soll sich vorderhand nichts ändern. Es braucht einen Anreiz, damit die Bioabfälle nicht mit dem Haushaltabfall entsorgt werden.

Noch ein Wort zur Ausgestaltung der Vorlage: Der Fraktion fehlt im Text, bei den Beilagen und Berechnungen die Klarheit. Man wünscht sich künftig Vorlagen nach dem Vorbild des Geschäfts Schulraumplanung.

Zum Schluss bleiben noch zwei Fragen: Wie sieht die Koordination mit den anderen Gemeinden aus, die bisher auch nach Muttenz geliefert haben?

Wie sieht es im Bereich Ökobilanz bei der Variante 2 aus?

Man fand die ausführliche Ausführung über die Kompetenzen des Gemeinderats in diesem Bereich etwas befremdend und fragte sich, ob die Idee dahinter steckt, vorerst das Einverständnis des Einwohnerats zur Reglementsänderung zu erhalten und dann die weitere Ausgestaltung nach dem Gusto des Gemeinderats auszuarbeiten. Der Grüne/EVP ist es ein grosses Anliegen, wie konkret die Abfallentsorgung ausgestaltet ist und man erwartet, dass der Gemeinderat das macht, was in der Vorlage steht. Es geht jetzt um die kleine Änderung im Reglement und alles Weitere, das in der Vorlage angesprochen wird, obliegt dem Gemeinderat zur Ausarbeitung.

Katrin Bartels: Auch die CVP hat sich über das viele Material nur mässig gefreut. Die Begründungen für die Anträge waren nicht gleich ersichtlich. Grundsätzlich ist man bereit, die Neuorganisation der Grüngutentsorgung zur Kenntnis zu nehmen und die kleinen Änderungen des Abfallreglements anzunehmen. Zwei Fragen sind ihnen wichtig: Laut FAQ's kann der Bioklappe-Standort Lindenstrasse aufgehoben und dabei gespart werden. Es fehlen aber die Angaben über die Investitionskosten. Auch bei Frage 3 der FAQ's braucht es eine Gegenüberstellung der Kosten, denn wenn häufiger abgeführt wird, führt das mit grosser Wahrscheinlichkeit zu Mehrkosten. Kurz: Es fehlt eine Bilanz – wieviel wird gespart und wieviel kostet es mehr?

Urs-Peter Moos, SVP, ist dagegen, dass bestehende Partnerschaften aufgelöst werden nur weil sich gerade eine andere Möglichkeit ergibt. Die grosse Spannweite der Mehrkosten (CHF 0 bis CHF 80 000) ist in der Vorlage erwähnt und der Redner ist klar der Meinung, dass eine Änderung des Systems keine Mehrkosten verursachen darf.

Gemeinderat Mike Keller ist in dieses Geschäft involviert und korrekterweise in den Ausstand getreten. Trotzdem gibt dieser Umstand der Sache einen speziellen Touch.

Die drei erwähnten Punkte legen nahe, dass ein Schnellschuss vermieden werden soll und eine Kommissionsberatung zielführend ist. Da die Argumente der SP für eine Überweisung in eine Speko auch schlüssig sind, zieht die SVP ihren Antrag auf Überweisung in die GRPK zurück und unterstützt den Antrag der SP.

Gemeinderätin Anne Mati dankt für das grosse Interesse und stellt fest, dass noch viele Fragen offen sind und eine gewisse Unsicherheit herrscht.

Die Frage der Vergärung von organischen Abfällen in Binningen ist nicht neu. Bereits vor der Eröffnung der neuen Vergärungsanlage in Pratteln im April 2006 hat sich der Gemeinderat mit dieser Frage befasst. Es wurde entschieden, das Angebot in Pratteln weiter zu verfolgen, ein frühzeitiger Ausstieg aus dem Vertrag mit Muttenz kam aber nicht in Frage. Entsprechend wurde auch das Postulat der SP „Kommunale Beteiligung an nachhaltiger Energieerzeugung“, das u. a. auch die Prüfung einer Separat-

sammlung von Küchenabfällen bei den privaten Haushalten, Grünabfällen der Gemeinde und Lieferung an die Biogasanlage forderte, beantwortet. Der Gemeinderat hat inzwischen nach vertieften Abklärungen und Gesprächen mit anderen Gemeinden der Region die Neuorganisation der Grüngutentsorgung in Binningen nach vorliegendem Konzept in eigener Kompetenz (Grundlage Abfallreglement) beschlossen und zuhander der Standortgemeinde Muttenz entsprechend Stellung bezogen. Er hat entschieden, dem ER die nötigen Änderungen des kommunalen Abfallreglements jetzt zu unterbreiten um frühzeitig Transparenz zu schaffen und die rechtlichen Grundlagen zu sichern. Anschliessend kann die Neuorganisation vorbereitet werden. Nach dem gefällten Grundsatzentscheid wird die konkrete Umsetzung im Jahr 2013 ausgearbeitet, so dass mit dem Budget 2014 konkrete Anträge für die Abfallrechnung vorliegen.

Zum Thema Ökobilanz: Wie im Bericht ausgeführt, wurden verschiedene Studien herangezogen. In der Beilage ist zu lesen, dass sich gemäss Nachhaltigkeitskompass die Wirkungen unterschiedlicher Bioabfallverwertungen auf die nachhaltige Entwicklung wenig unterscheiden. Es wurden die dezentrale und die zentrale Kompostierung sowie die Verbrennung und die Vergärung verglichen. Die dezentrale Kompostierung ist am nachhaltigsten. Gegenüber der zentralen Kompostierung hat die Vergärung den Vorteil eines deutlichen Energiegewinns, da nicht ungenutzt Gas in die Atmosphäre entweicht, sonder Heiz- und/oder Treibstoff anfällt. Zudem sind die Transportdistanzen bei einer Lieferung nach Pratteln in etwa gleich wie für die heutigen Transporte nach Muttenz. Betreiber der Anlage in Pratteln ist die Leureko AG und die Bio-Power Anlagen sind die einzigen Anbieter im Kanton Baselland, die Bioabfälle mittels Vergärung zu CO₂-neutraler Energie und Kompost verwerten. Der Kanton beurteilt die Vergärung von organischen Abfällen als ökologisch sinnvolle und erfolgversprechende Massnahme.

Auch die Betriebskommission der Hardacker AG hat sich mit dem Thema Ökobilanz befasst. Da aber keine Ökobilanz die Frage beantwortet, inwieweit es gelingt, die organischen Abfälle aus dem Kehrichtsack zu entfernen, hat man davon abgesehen, weitere Studien in Auftrag zu geben. Der Gemeinderat hat entschieden, dass mit einer einzigen Grüngutsammlung im Holsystem bei den Haushalten für alle organischen Abfälle und der Abfuhr in die Vergärungsanlage dieses Ziel am besten erreicht werden kann. Dass das gewählte System funktioniert, zeigen die Beispiele zahlreicher Gemeinden der Region (Riehen, Allschwil, Bottmingen, Therwil, Ettingen, Reinach, Münchenstein und Birsfelden. Muttenz und Oberwil arbeiten zurzeit wie Binningen ergänzend mit Bioklappen).

Die neue Lösung ist für diejenigen gedacht, die nicht selber kompostieren oder Sammelstellen im Quartier nutzen können oder wollen.

Ob die Grüngutentsorgung kostenlos sein soll, ist noch nicht definitiv beantwortet. Wenn ja, muss die Abfuhr und Entsorgung über den Kehricht quersubventioniert werden. Zudem ist eine spätere Rückkehr zu einer gebührenpflichtigen Entsorgung schwierig.

Die Frage nach der Anzahl der zusätzlich zur Verfügung stehenden Bio-Klappen ist noch nicht definitiv entschieden. Auch diese Entscheidung wird Teil der definitiven Regelung sein. Auch die Art der Gebührenerhebung ist noch offen. Mögliche Varianten sind nach Volumen (wie heute), nach Gewicht, nach Zeitabschnitt. Sicher ist, dass die bereits vorgeschriebenen Container weiter benützt werden können.

Frühestens im 2013 muss die Grüngutentsorgung neu ausgeschrieben werden. Der bestehende Vertrag kann mit optionaler Verlängerung bis längstens Ende 2014 verlängert werden.

Zu den Änderungen im Reglement: Die beiden beantragten Änderungen schaffen den nötigen Spielraum für die Neuorganisation, präjudizieren aber keine Details. Wenn die konkrete Planung steht ist noch Gelegenheit für weitere Informationen.

Zur Frage nach der Reaktion der anderen Gemeinden, die an der Anlage Hardacker beteiligt sind und was passiert, wenn Binningen aussteigt: Der mögliche Ausstieg von Binningen ist in der Betriebskom-

mission Hardacker schon sehr lange Thema. Es ist klar, dass diese Anlage weiter bestehen wird und auch nach dem Austritt von Binningen die nötige Menge im Hardacker gut erreicht werden kann.

Betreffend Mike Keller: Bei allen Vorentscheidungen im Gemeinderat war er wie heute im Ausstand. Wie bereits erwähnt wird die Anlage in Pratteln von der Leureko AG und es gibt keine anderen Bio-Anlagen in BL als die der Bio-Power.

Was die Frequenz der Abfuhr betrifft strebt man saisonal (in der heissen Zeit) eine wöchentliche Abfuhr an.

Zu Kosten einzelner Varianten und weiterer Details kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht Stellung bezogen werden, das müsste in einer Kommission erfolgen.

FDP, Markus Ziegler ist erstaunt, dass sich vor allem die SVP so um die Kooperation mit den anderen Gemeinden sorgt. Jeder Vertrag ist irgendwann kündbar und er versteht diese Hinterfragung nicht ganz. Auch was die Stellung von Mike Keller betrifft, versteht der Redner die genannten Bedenken nicht. Es besteht keine Konkurrenzsituation, es muss nichts ausgeschrieben werden und zudem ist er in den Ausstand getreten.

Das wichtigste Anliegen von Markus Ziegler ist die Kommissionsberatung. Man beachte die Anträge des Gemeinderats. Zum einen geht es um eine Kenntnisnahme, die zugegebenermassen etwas überladen daherkam. In der Kommission würde nur über die Teilrevision des Abfallreglements beraten. Dabei geht es um sehr, sehr marginale Sachen. Wenn schon über Kosten und Nutzen gesprochen wird, muss man auch die Kosten und Nutzen einer Kommission anschauen, die über die Verschiebung von drei Kommas und zwei Buchstaben beraten soll. Der Redner bittet darum, das Geschäft im Rat zu lassen und auf eine Kommissionsberatung zu verzichten.

Urs-Peter Moos: Die SVP will immer noch selber entscheiden, was sie bei einem Geschäft besonders gewichtet. Hier ist relevant, dass Mehrkosten entstehen, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Vom Einwohnerrat müsste eine Auflage kommen, die verhindert, dass keine Mehrkosten für die Allgemeinheit entstehen.

Eine Kommissionsberatung kann sehr effizient gestaltet werden und wenn die Kosten dafür den CHF 80 000 gegenübergestellt werden, hat man sehr schnell einen guten „return of investment“.

SVP, Jürg Blaser: Die Grünabfuhr soll möglichst gratis angeboten werden. So würde die Abfallmenge automatisch ansteigen und die Bilanz verbessert. Der gleiche Vorschlag gilt für die Bio-Klappen.

Severin Brenneisen, SP erkundigt sich, ob der Häckseldienst im gewohnten Rahmen weitergeführt wird.

Laut Gemeinderätin Anne Mati ist keine Änderung geplant.

Vreni Dubi, SP, möchte wissen, was passiert, wenn man findet, dass man Kompostieren generell besser findet und nicht Vergären will.

SVP, Urs-Peter Moos: In diesem Fall müsste man die Teilrevision des Abfallreglements ablehnen, denn die gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, die Vergärung danach umzusetzen.

Gemeinderätin Anne Mati ist mit dieser Aussage nicht ganz einverstanden: Es stimmt, dass ohne Reglementsanpassung einerseits die Abfuhr nicht kostenlos sein könnte und andererseits der Rasenschnitt der Gemeinde nicht in die Vergärung abgeführt werden könnte. Alles andere ist möglich.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Es ist so, dass man bei der Vergärung nebst dem Kompost auch Energie gewinnt. Neben der dezentralen Kompostierung, die leider nicht allen Binner Bürger*innen möglich ist, ist

dies die Variante mit der besten Ökobilanz. So wie die Rednerin Anne Mati verstanden hat, wird die dezentrale Kompostierung beibehalten und auch die Transportwege sind in etwa gleich. Damit ist für die Fraktion einiges klarer. Sie möchte einfach noch wissen, wie denn die Ökobilanz bei den Ästen und Zweigen aussieht. Wird geplant, dass weiterhin dort gehäckselt wird oder können diese Abfälle eventuell einer Schnitzelverbrennungsanlage zugeführt werden.

Die Grüne/EVP könnte dem Reglement so zustimmen, möchte es aber nicht gefährden und ist darum für eine Spezko.

Gemeinderätin Anne Mati hat auf die Frage nach dem Häckseln bereits geantwortet. Sie erläutert, dass für die Holzteile eine Abfuhr vorgesehen ist und die Triage danach erfolgt, weil das Holz heute schon separat weiter verwertet wird. Es besteht bereits eine Vereinbarung zwischen Pratteln und Hardacker.

Auf Präsident Christian Schaub's Frage, wie gross die Spezko sein soll, informiert Rahel Bänziger, dass ab der neuen Legislatur 5-er-Spezkos mit Beteiligung aller Fraktionen möglich sind.

Die Antragstellerin wünscht eine 7-er-Spezko.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag SP: Einrichtung einer Spezko zur Klärung der offenen Fragen

Ja: 19

Nein: 15

Enthaltungen: 4

://: Der Antrag wird angenommen.

Patricia Kaiser stellt einen Rückkommensantrag für eine 9-er-Kommission.

Abstimmung Rückkommensantrag SP

Ja: 24

Nein: 12

Enthaltungen: 2

Abstimmung Antrag SP: 9-er-Kommission

Ja: 23

Nein: 14

Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an eine 9-köpfige Spezialkommission überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 141

Motion für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse, Umsetzung

EINTRETEN

Willy Müller, FDP: Im Jahr 2009 haben Vertreter der Gemeinden Binningen, Bottmingen und Oberwil beschlossen, dass während einer Versuchsphase von zwei Jahren die Hafenrainstrasse geöffnet wird

und die beiden Fahrverbote an der Benkenstrasse aufgehoben werden. Im Januar 2010 hat Bottmingen verkündet, dass die Hafenrainstrasse nicht geöffnet wird, weil man keinen Mehrverkehr von Oberwil will. Im Oktober darauf hat die FDP die Motion „Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse“ eingereicht. Man forderte, dass im Falle einer Öffnung der bestehenden Durchgangssperren im Bertschenackergebiet Durchgangsverkehr nach Binningen in die Benkenstrasse mit geeigneten Massnahmen unterbunden werden kann. Kurz darauf hat die SVP per Motion verlangt, dass das Fahrverbot per sofort erlassen wird. Diese Motion wurde mit grossem Mehr überwiesen. Gründe, das heute vorliegende Geschäft zu beschliessen sind: 1. Es ist eine konsequente Umsetzung der Ortsplanrevision. 2. Die Schliessung der Benkenstrasse ist ein grosses Anliegen der Anwohner. Bereits im 2000 wurde eine Petition mit über 800 Unterschriften eingereicht. Im Jahr 2011 unterstützten 80 Personen die Motion. 3. Verkehrstechnisch bedeutet es eine Richtigstellung der Signalisation. Zurzeit ist ein Fahrverbot in nur eine Richtung signalisiert, genaugenommen müsste es also eine Einbahnstrasse sein.

Zum Schluss: Eine Motion verpflichtet den GR einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Dieser hätte diese aus folgenden Gründen nicht annehmen müssen: Verkehrsfragen sind alleine Sache des Gemeinderats und nicht des Einwohnerrats. Auch im Kanton ist der Regierungs- nicht der Landrat zuständig. Willy Müller dankt dem Gemeinderat, dass er die Sache trotzdem bearbeitet hat. Wahrscheinlich waren die grossmehrheitliche Überweisung im ER und die zahlreichen Unterschriften der Betroffenen der Benkenstrasse dienlich.

Von Bottmingen ist wohl keine Beschwerde zu erwarten. Bottmingen hat an der Hafenrainstrasse gegenüber Oberwil eine Sperrung mit Blumentöpfen veranlasst. Der Redner attestiert der Gemeinde eine gewisse Bauernschläue, weil die Bottminger vom Fuchshagweg direkt in die Benkenstrasse einmünden können, Binningen hingegen hat im umgekehrten Sinn ein Linksabbiegverbot.

Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Gemeinderats.

SVP: Urs-Peter Moos wundert sich, dass das Geschäft ein Dreivierteljahr gebraucht hat, bis es in den Rat kommt. Entgegen der Legislaturplanung wollte der Gemeinderat die Benkenstrasse öffnen; auch entgegen der Revision der Ortsplanung, die besagt, dass der Verkehr auf die Hauptverkehrsachsen geleitet werden soll. Offenbar hat der GR die Abmachungen mit Bottmingen tendenziell höher gewichtet als die Anliegen der eigenen Einwohner. Die SVP akzeptiert die formaljuristische Abfassung der Argumentation und den Beschluss, der referendumsfähig sein soll. Sollte es zu einem Referendum kommen – tant pis. Die SVP unterstützt den Antrag.

Severin Brenneisen: Die SP unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Sie findet es richtig, dass dort ein Fahrverbot ist. Man findet es wichtig, dass die Anliegen der Anwohner ernst genommen werden. Mit dieser Vorlage können sie umgesetzt werden.

Grüne/EVP, Peter Buess: Auch seine Fraktion unterstützt den Antrag. Man fand die Belehrungen und die negativen Prognosen unnötig.

Katrin Bartels: Die CVP war sich etwas weniger einig. Ein Teil der Leute wertet die Bedürfnisse der Einwohner höher, der andere Teil wertet die Partnergemeinde höher. Schlussendlich geht es genau um diese Gratwanderung und es besteht durchaus die Möglichkeit, dass Binningen allenfalls juristisch unterliegen könnte.

Die Fraktion wird unterschiedlich stimmen.

Jürg Humbel, FDP: Eigentlich kann der Motion nicht zugestimmt werden, denn der Motionär schreibt, dass der Motorfahrzeugverkehr gestoppt werden soll. Gemäss Strassensignalisationsverordnung § 18 gibt es kein Fahrverbot. Es gibt „Allgemeines Fahrverbot“ (was sicher nicht im Sinne Aller ist). Die Formulierung muss präzisiert werden (für Motorfahrzeuge).

FDP, Pascal Treuthardt: Der Mehrverkehr aus Bottmingen ist nicht gekommen, es wurde keine Strasse geöffnet und es gibt keinen Grund, die Beziehungen zur Nachbargemeinde zu verschlechtern. Ausserdem weiss jeder, dass mit Verboten keine Probleme gelöst werden, man verschiebt sie bestenfalls. In diesem Fall verschiebt man sie zwei Strassen weiter nach Binningen, wo man in ein paar Jahren ein paar neue Verbote haben wird. Der Redner wird dem Antrag nicht zustimmen.

Urs-Peter Moos, SVP: Auf dem der Motion beigelegten Situationsplan ist das Fahrverbot so präzisiert, wie es hier vom Gemeinderat vorgelegt wird.

Gemeinderat Charles Simon: Der Gemeinderat hat im letzten August begründet, warum er den kleinen Grenzverkehr zulassen möchte. Die Abmachung aus dem Jahr 2000 (Schliessung der Hohe Strasse, Zulassen des Verkehrs im Quartier) ist eine Bestätigung der Abmachungen aus dem Jahr 1975, die durch das Verwaltungsgericht 1979 verpflichtend wurde. Der Gemeinderat weiss, dass nicht alle Einwohner mit der totalen Sperrung der Benkenstrasse einverstanden sind. Mit dem heutigen Geschäft liegt eine referendumsfähige Vorlage vor.

Da der laute Verkehr gemeint ist, geht es bei der Signalisation um das Verbotsschild mit dem Auto/Motorrad. Die Gymnasiasten sollen mit ihren „Töffli“ durchfahren können.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag Gemeinderat

Ja: 31

Nein: 4

Enthaltungen: 3

://: Der Antrag wird angenommen.

BESCHLUSS

://: Für die obere Benkenstrasse wird die beidseitige Signalisation des Fahrverbots beschlossen.

Traktandum 7

Nr. 239

Rückzug Gemeindeinitiative vom 20.1.1992: Beiträge an Sekundarschulbauten

EINTRETEN

Jürg Blaser: Die SVP ist mit dem Rückzug der Gemeindeinitiative einverstanden.

Peter Heitz: Dasselbe gilt für die FDP. (Ein paar Leute haben sich gefragt, warum eine Initiative 20 Jahre lang hängig bleibt).

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP ist froh, dass eine weitere Pendeuz noch in dieser Legislatur bearbeitet werden kann. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

CVP, Silvia Bräutigam: Auch ihre Fraktion unterstützt den Antrag.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag Gemeinderats (anwesend: 36 ER)

Ja: 35

Enthaltung: 1

BESCHLUSS

://: Die Gemeindeinitiative vom 20. Januar 1992 betreffend Änderung § 137 des Schulgesetzes wird zurückgezogen.

Traktandum 8

Nr. 167

Petition Fensterläden für das Imhofhaus, Beantwortung

EINTRETEN

Urs-Peter Moos, SVP: Als die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, hatte er eine gewisse Befürchtung, die sich mit der Antwort des Gemeinderats bewahrheitet. Einmal mehr soll die Denkmalpflege, die in Sachen Binninger Schloss alles andere als glanzvolle Arbeit geleistet hat, der Gemeinde vorschreiben können, wie sie das Imhofhaus zu gestalten hat. Bei der Volksabstimmung ging es darum, die historische Einheit zwischen Schloss, Bürger- und Imhofhaus wieder herzustellen. Diese ist ohne die Fensterläden am Imhofhaus nicht wieder hergestellt. Die Argumente der Denkmalpflege überzeugen einmal mehr nicht und die SVP hat beschlossen, zu diesem Thema eine Volksinitiative zu starten und sie freut sich bereits darauf, Unterschriften zu sammeln.

Anne Platten: Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Sie nimmt die Ausführungen der Denkmalpflege zur Kenntnis, ist aber dezidiert dagegen, dass immer wieder Bauprojekte, die über einen Architekturwettbewerb vergeben und die von der Denkmalpflege begleitet wurden, nachträglich beanstandet und Korrekturen gefordert werden. So wird auch die nachträgliche Änderung der Farbgestaltung der Fenstergewände des Imhofhauses nicht unterstützt.

Sven Inäbnit, FDP: Man dankt dem Gemeinderat für die seriöse Abklärung und insbesondere für das Nachhaken bei der Denkmalpflege. Die Sachlage ist klar und die FDP ist auch nicht glücklich über die Ausführungen der Denkmalpflege doch wird diese von ihrem Vetorecht Gebrauch machen, sollte Binningen ein entsprechendes Baubewilligungsgesuch einreichen. Der jetzige Vorschlag des Gemeinderats entspricht wenigstens teilweise den Wünschen der Postulanten. Die Fraktion würde auch Massnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verschmutzung der Nordfassade begrüßen.

CVP, Katrin Bartels führt aus, dass es hier um historische Bausubstanz geht und nicht darum, woran sich allenfalls eine Grossmutter erinnert. Die bauchige Nordwand würde die Montage von Fensterläden voraussichtlich erschweren und zu Komplikationen führen.

SVP, Urs-Peter Moos wundert sich über die engagierten Voten für die Denkmalpflege, da diese doch wiederholt ihre Inkompetenz bewiesen hat. Offensichtlich werden hier die Anliegen der Bevölkerung geringer gewichtet als die Denkmalpflege und ein Projektwettbewerb.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag Gemeinderat (37 Anwesende)

Ja: 25

Nein: 10

Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Das Postulat Nr. 167 „Fensterläden für das Imhofhaus“ wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9

Nr. 205

Postulat GRPK: Änderung der Vereinbarung für die Unterbringung Asylsuchender mit Reinach: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

EINTRETEN

Vreni Dubi, SP ist mit der Antwort des Gemeinderates überhaupt nicht einverstanden. Alles Geschriebene ist Geschichte und dies alles war der GRPK bei Einreichen des Postulats absolut bewusst. Sie verlangt nichts anderes als dass der Gemeinderat in Reinach nochmals nachfragt, ob es die Möglichkeit gibt, die Kündigungsfrist allenfalls zu verlängern. Anscheinend ist der Gemeinderat nicht gewillt, das zu tun und die Kommission verlangt, dass das Postulat überwiesen wird.

SVP, Urs Brunner: Für seine Fraktion ist die Antwort des Gemeinderats in mehreren Punkten nicht nachvollziehbar und wesentliche Fragen bleiben unbeantwortet:

Wie lautet der genaue Vertragsinhalt?

Was sind die Gründe warum Reinach die Kündigungsfrist nicht verlängern will?

Es sind zwölf Plätze durch Asylsuchende aus Binningen belegt, 18 Plätze stehen als Reserve bereit. Was kosten diese Plätze den Binninger Steuerzahler?

Wurde die Nutzung der Zivilschutzanlage als Alternative geprüft?

Die offenen Fragen zeigen, dass die Überweisung des Postulats erforderlich ist um die notwendige Transparenz zu schaffen. Die SVP erhofft sich bei einem allfälligen Bericht, dass der Gemeinderat auf die eigentlichen Anliegen der GRPK, nämlich die Vermeidung von Fehlinvestitionen und Leerläufen, eingeht. Man ist nicht davon überzeugt, dass die Investition von CHF 150 000 für die Nutzung des Reschhauses durch Asylsuchende nach zweieinhalb Jahren amortisiert sein soll.

Im Bericht und Antrag des GR vom 20. April 2010 steht auf Seite 11 unter Punkt 3.2.:

„Zudem konnte aufgrund der hohen gebäudespezifischen Bereitstellungskosten der Curt Goetzstrasse 2 (Asylunterkunft) auf diesem Objekt kein Gewinn erwirtschaftet werden.“

Die SVP stellt den Antrag, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Jürg Humbel: Die FDP-Fraktion ist anderer Meinung. Sie findet, dass die Stellungnahme ausführlich ist und dargelegt wird, warum in Reinach nicht nochmals nachgefragt werden soll. Ausserdem wird darauf hingewiesen, dass es andere Optionen gibt um Asylsuchende unterzubringen. Man wird gegen eine Überweisung stimmen.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Die Antwort auf das Postulat der GRPK hat die Fraktion erstaunt. Man hat Mühe sowohl mit der Tonalität als auch mit dem Inhalt. Ausserdem ist man sich nicht sicher, ob in allen Punkten vom Gleichen gesprochen wird. Das Anliegen der GRPK ist dem Gemeinderat nicht erst seit dem Postulat bekannt. Deshalb ist die Argumentation, die Sache sei bereits gelaufen, unverständlich. Der GRPK ging es um Investitionsschutz von Steuergeldern. Bevor nicht sicher ist, dass die Asylsuchenden auf absehbare Zeit in Reinach untergebracht werden können, wird das Reschhaus nicht wieder umgenutzt und für den Steuerzahler ist es unter diesem Gesichtspunkt auch unerheblich, ob die Investitionen bereits amortisiert sind. Da es schwierig ist, eine neue Lösung zu finden, lohnt es sich, nochmals genauer darüber nachzudenken. Das war der zentrale Punkt der Überlegungen der GRPK. Die Grüne/EVP hält an der Überweisung fest.

Silvia Bräutigam, CVP: Man ist froh, dass Reinach die Asylsuchenden von Binningen aufnimmt und man befürchtet, dass die geforderte Nachfrage die Zusammenarbeit mit Reinach gefährden könnte. Ausserdem sind die Zahlen im Asylbereich schlecht planbar. Ein Anstieg kann nicht durch eine längere Kündigungsfrist behoben werden. Man ist vielmehr auf die Kooperation mit anderen Gemeinden oder gar dem Kanton angewiesen. Eine Vertragsänderung kurz nach Inkrafttreten der Vereinbarung empfindet man als falsch. Die CVP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Gemeinderätin Anne Mati: Der Gemeinderat hat das Postulat der GRPK sehr wohl ernst genommen und mit Reinach speziell abgeklärt. Das Gesuch der GRPK wurde der Gemeinde Reinach mündlich und schriftlich vorgelegt. Es wurden Gespräche geführt, die Antwort liegt schriftlich vor, unterzeichnet vom Gemeindepräsidenten und vom Gemeindeverwalter. Reinach hält an der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist fest und will keine weitergehenden Bedingungen zulasten von Reinach eingehen. Die gleiche Regelung gilt auch für den neuen Vertrag zwischen Reinach und Arlesheim. Reinach weist darauf hin, dass die Gemeinde im Fall einer massiven Zunahme der Asylzahlen als Erstes mit Binningen und dem Kanton nach gemeinsamen Lösungen suchen wird. Es gibt nicht den geringsten Anlass, daran zu zweifeln, da die Beziehungen zu Reinach ausgezeichnet sind.

Letzte Woche waren 23 Personen, die Binningen zugewiesen sind, in Reinach untergebracht. Diese Zahl kann aber täglich ändern. Mit den 30 Plätzen, die für Binningen vertraglich reserviert und gesichert sind, kann die bis auf Weiteres vom Kanton geforderte Aufnahmequote von 0.6 % erfüllt werden. Die Reinaacher Asylunterkünfte sind nicht voll ausgelastet. Ende April waren noch 35 Plätze verfügbar. Binningen konnte das Reschhaus, das zurzeit als Standort für die neue KESB (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde) im Vordergrund steht, wie ursprünglich vorgesehen wieder für Verwaltungszwecke freigeben ohne zusätzlichen Asylwohnraum schaffen, bzw. bauen zu müssen. Sollte im ganzen Kanton der Bedarf massiv ansteigen und weitergehende Lösungen mit Reinach nicht möglich sein, liegen intern verschiedene Varianten aus früheren Abklärungen vor.

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dem vorliegenden Vertrag mit Reinach eine gute Lösung realisiert zu haben. Planungssicherheit gibt es im Asylbereich ohnehin nicht, weder für den Kanton noch für die Gemeinden. Es brauchen alle Handlungsspielraum. Deshalb stimmt der GR einer Überweisung des Postulats nicht zu. Weil nicht mehr zu haben ist, könnte das Postulat auch überwiesen und als erledigt abgeschrieben werden. Ein Stehenlassen des Postulats macht unter den gegebenen Umständen keinen Sinn.

SP: Vreni Dubi dankt der Gemeinderätin für die Ausführungen. Wenn in der Vorlage gestanden hätte, dass man in Reinach nachgefragt und welche Antwort man erhalten hat, wäre man durchaus zufrieden gewesen. Unter diesen Umständen wird die Rednerin einer Überweisung nicht zustimmen sondern schliesst der Meinung an, dass es abgeschrieben werden soll.

Christoph Anliker, SVP: Hier will man keine Partnerschaften aufs Spiel setzen, bei der Frage der Kompostierung sind der Gemeinde Partnerschaften völlig egal. Nun kennt man mehr Hintergründe und es ist

ja klar, dass Reinach gegen eine Vertragsänderung ist. Binningen muss aber für seine Interessen besorgt sein und ist nicht verantwortlich für Reinach.

SVP: Urs-Peter Moos dankt Anne Mati für die Ausführungen, doch ist der Grund, warum Reinach keine verlängerte Kündigungsfrist will, noch immer nicht transparent. Diesen möchte er gerne erfahren. Als die Vorlage geschrieben wurde, waren erst 12 Plätze belegt, jetzt ist man bereits auf 23. Selbstverständlich hat man von den Plänen mit dem Reschhaus gehört, doch darüber wird der Einwohnerrat noch zu befinden haben und es werden hier Dinge vermischt. Der Einwohnerrat soll einmal mehr eine Entscheidung treffen ohne Kenntnis der gesamten Entscheidungsgrundlage.

Gemeinderätin Anne Mati: Reinach's Haltung ist klar: Sie wollen keine weiteren Einschränkungen in Kauf nehmen. Arlesheim hat den gleichen Vertrag akzeptiert. Es ist das oder nichts und Binningen gewinnt nichts, wenn es nicht bei diesem Vertrag bleibt.

FDP: Markus Ziegler schliesst sich der Meinung an, dass die Antwort des Gemeindrats recht unglücklich verfasst ist. Die mündlichen Ausführungen von Anne Mati befriedigen ihn im Sinn des Postulats. Er denkt auch, dass das Postulat beantwortet ist und es überwiesen und abgeschrieben werden kann. Urs-Peter Moos' Gedanken kann er nachvollziehen, doch er findet, dass man die Vermischung der Sache der GRPK vorwerfen muss. Die GRPK stellt in diesem Postulat einzig eine Frage nach dem Vertrag und nicht zur Nutzung des Reschhauses. Die Nutzung kann man sehr wohl hinterfragen, doch wenn der Gemeinderat nicht gefragt wird, gibt er auch keine Antwort. Für Markus Ziegler ist eine Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats das Richtige, weil die Arbeit schon gemacht ist.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag Gemeinderat

Ja: 37

Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 10

Nr. 213

Motion SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

EINTRETEN

Traude Rehmann: Die SP ist dankbar, dass der Gemeinderat die Strukturanalyse der Bauabteilungen überweisen will und ist damit einverstanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Rahel Bänziger: Die Grüne/EVP fragt sich, ob der Gemeinderat die Strukturanalyse nicht schon durchgeführt hat. Gemäss diverser Aussagen von Gemeindepräsident Charles Simon wurde bereits analysiert, umstrukturiert und optimiert. Auch Massnahmen wurden ergriffen, auch wenn diese im Einwohnerrat

nicht kommuniziert wurden. Wenn all das bereits geschehen ist, sieht man keinen Grund, nochmals eine Analyse durchzuführen und erst recht nicht, eine in Auftrag zu geben. Vielleicht kann Charles Simon dazu eine Antwort geben.

Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 7.11.2011 ist nachzulesen, dass die Rednerin bereits damals die Motion „Wiedereinführung eines Bauverwalters“ angekündigt hat. Erst später hat die SP ihre Motion „Strukturanalyse“ eingereicht. In der Stellungnahme des Gemeinderats wird suggeriert, Rahel Bänziger's Motion sei eine Nachahmung der SP-Motion. Das ist falsch. Die beiden Anliegen der SP und der Grünen sind dem Gemeinderat nicht einmal zwei Stellungnahmen wert. Für beide wurde der gleiche Wortlaut gewählt. Die Themen, die die SP analysiert haben will sind genau die Aufgaben eines Bauverwalters: Strukturierung der Bauabteilung, strukturelle und räumliche Ressourcen analysieren und richtig einsetzen etc.. Der in der SP-Motion erwähnte Gemeindeplaner wird in Binningen bestimmt nicht ausgelastet sein, weil vieles schon geplant ist (Ortsplanung). Andererseits kann ein Bauverwalter diese Aufgabe übernehmen und gleichzeitig Bauvorhaben abwickeln ohne dass neue Fiascos entstehen. Man kann also das Geld für eine erneute externe Analyse sparen und einen Bauverwalter einstellen.

Martin Boletter, FDP: Grundsätzlich ist die FDP auch der Meinung, dass eine Strukturanalyse der Bauabteilung angesichts der diversen Vorfälle Sinn machen könnte. Man ist aber gegen die Auflistung von ganz spezifischen Themen. Eine Strukturanalyse sollte bezüglich dem zu Analysierenden a priori offen sein. Die FDP wünscht sich, dass die Themenliste gestrichen wird, damit diese Strukturanalyse offen und ohne Vorgaben in Angriff genommen werden kann. Andernfalls würde man die Motion ablehnen.

Urs Weber, SVP: Man schliesst sich den Ausführungen von Rahel Bänziger an. Auch für die SVP ist dies eine unnötige Motion. Die Fraktion will sie auch nicht als Postulat überweisen.

Traude Rehmann, SP: Sie möchte die Liste eigentlich nicht streichen, eher dass die FDP sie ergänzt, falls etwas zu wenig klar ist. Man hat gehört, dass es in der Bauabteilung Veränderungen gab – ob das eine Strukturanalyse ist, ist eine andere Frage. Weil es in letzter Zeit viele Diskussionen über die Bauabteilung gab, möchten sie diese Analyse gerne auswärts geben. So wäre es neutraler. Man möchte die Motion in ein Postulat umwandeln und überweisen und bittet um Unterstützung.

Urs-Peter Moos, SVP: Es gab ja bereits eine Umstrukturierung. Man hatte drei Bauabteilungen. Die Pensionierung eines Abteilungsleiters wurde zum Anlass genommen, die eine Abteilung aufzulösen und sie in den beiden anderen Abteilungen zu integrieren. Da muss also eine Analyse gemacht worden sein. Die GRPK wurde letztes Jahr über diese Umgestaltung informiert. Leider wurde damals nicht darüber diskutiert, obwohl damals die Probleme der Bauabteilung bereits mehr oder weniger auf dem Tisch lagen. Die SVP hat Mühe damit, wenn man parteiübergreifend nach Unterstützung sucht und deshalb noch schnell schnell einen eigenen Vorstoss macht so wie damals, als Christoph Anliker einen Vorstoss zu HRM2 gemacht hat und darauf die SP noch schnell eine Anfrage zum gleichen Thema eingereicht hat.

Silvia Bräutigam: Auch die CVP möchte, dass eine externe Strukturanalyse durchgeführt wird. Die Forderung nach einem Bauverwalter hält man zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Erst bei Vorliegen eines Berichts können Schlussfolgerungen getroffen und mögliche Massnahmen gefordert werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

SP: Patricia Kaiser wehrt sich gegen die Unterstellungen und weist darauf hin, dass die SP schon lange von einem Gemeindeentwickler oder –planer gesprochen hat, doch gibt es dieses Wort nicht per Definition. Es gibt den Bauverwalter, den man aber nicht will, weil es eine veraltete Funktion ist. Nach all den Vorfällen fand man es sinnvoll, eine solche Forderung in den Katalog aufzunehmen. Ein Externer soll abklären, ob es nicht Sinn machen würde, eine derartige Stelle in dieser doch auch fortschrittlichen Gemeinde zu schaffen.

Markus Ziegler, FDP: Man denkt auch, dass es falsch ist, gleich einen Bauverwalter zu fordern. Das soll auf einer soliden Basis geschehen. Man findet die Stossrichtung der SP-Motion gut. Dieser Vorstoss beinhaltet politisch deutlich mehr als nur eine Analyse der Ist-Situation, er trägt ganz klare Kernthemen der SP Binningen (die durchaus legitim sind). Die FDP unterstützt die Stossrichtung, kann aber bei Beibehaltung des Forderungskatalogs weder einer Motion noch einem Postulat zustimmen. Für sie ist klar, dass es eine offene Analyse sein muss, deswegen will man auch keine Ergänzungen anbringen.

CVP: Thomas Hafner hat sehr viel emotionale Parteipolitik und wenig Sachpolitik gehört. Bevor Umstrukturierungen geplant und Neueinstellungen getätigt werden wäre eine Untersuchung sehr wichtig. Erst nach der Strukturanalyse soll entschieden werden, ob es einen Bauverwalter braucht.

SP: Vreni Dubi: Von ihr aus kann man den Themenkatalog streichen (aber trotzdem im Hinterkopf behalten).

Gemeindepräsident Charles Simon: Per 1. Januar 2012 wurden aus drei Bauabteilungen zwei gemacht und ein Teil der Aufgaben ging an Schule, Bildung und Kultur. Eine interne Analyse wurde also gemacht, doch ist der Gemeinderat der Auffassung, dass eine externe Analyse eine gute Sache wäre. Sollte die Motion als Postulat überwiesen werden, nimmt man einen entsprechenden Betrag ins Budget 2013 auf. Der Themenkatalog kann als Ideenkatalog betrachtet werden, den man dann zusammen mit dem Analysten durchsieht, so wie auch der Bauverwalter vorerst eine Idee ist.

Grössere Gemeinden im Baselland haben sowohl einen Bauverwalter als auch einen Gemeindeverwalter. Andere haben wie Binningen nur einen Gemeindeverwalter. Beides funktioniert. Charles Simon bittet darum, die Motion Strukturanalyse in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen. Die Motion Wiedereinführung eines Bauverwalter soll aber nicht überwiesen werden. Das Thema wird bestimmt auch in der Strukturanalyse aufgenommen.

ABSTIMMUNG

Abstimmung: Überweisung des Postulats ohne Themenkatalog

Ja: 27

Nein: 9

Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und ohne die im Vorstoss erwähnten Themen überwiesen.

Traktandum 11

Nr. 216

Motion R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters

EINTRETEN

Grüne/EVP, Rahel Bänziger möchte die Motion mit folgendem Wortlaut in ein Postulat umwandeln: „Der Gemeinderat wird gebeten, die Wiedereinführung eines Bauverwalters zu prüfen und darüber zu berichten.“

Die Einbindung ins Organigramm der Verwaltung wird offen gelassen.

Die Rednerin fragt sich, warum der Gemeinderat die Motion der SP als Postulat entgegennehmen will, ihre Motion als Postulat hingegen nicht. Wenn der Gemeinderat verlangt, zuerst das Resultat der Strukturanalyse abzuwarten (obwohl zum Zeitpunkt seines Berichts die Motion weder in ein Postulat umgewandelt noch überwiesen war), und deshalb ihre Motion abzulehnen, entbehrt dies ihrer Meinung nach jeglicher Logik. Es ist richtig, dass der Gemeinderat die Verantwortung für die Organisation der Verwaltung trägt. Wie aber diverse Baugeschäfte gezeigt haben, nimmt der Gemeinderat diese Verantwortung nicht wirklich wahr. Es braucht Veränderungen und der Gemeinderat konnte bisher nicht darlegen, dass seine angekündigten Massnahmen (die er nicht kommuniziert hat) weitere Probleme verhindern können. Deshalb ist es die Aufgabe des Einwohnerrats, den GR auf die Probleme aufmerksam zu machen und Lösungen zur Problembehandlung vorzuschlagen. Sich momentan nur hinter einer Kompetenzteilung zu verschanzen bringt zurzeit wenig. Nach all den Pannen und negativen Schlagzeilen kann man sich das auch nicht mehr leisten. Es braucht die Prüfung verschiedener Varianten. Dem Gemeinderat ist es bisher nicht gelungen, das Vertrauen wieder herzustellen und die Rednerin bittet ihre Ratskolleginnen und –kollegen, ihre Motion auch in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen.

Susanna Keller: Auch die SVP ist der Meinung, dass die Überprüfung eines Bauverwalter notwendig ist. Ein Gegenpol zum Gemeindeverwalter könnte sinnvoll sein. Der Einwohnerrat kann die Änderung der Gemeindeordnung verlangen, wenn die Mehrheit zustimmt.

Martin Bolleter: Die FDP kann sich einem Postulat mit der neuen Formulierung anschliessen. Eine Motion mit dem Auftrag, einen Bauverwalter einzuführen, wäre für die Fraktion nicht in Frage gekommen, weil sie das als Kompetenzüberschreitung empfunden hätte. Man fordert den Gemeinderat auf, die beiden Postulate sinngemäss gemeinsam zu behandeln.

Silvia Bräutigam, CVP: Auch ihre Fraktion kann sich mit dem Postulat einverstanden erklären. Sie plädiert dafür, zuerst die Strukturanalyse zu machen und erst dann die Wiedereinführung eines Bauverwalters zu prüfen.

Sven Inäbnit: Im Gegensatz zur SVP wünscht sich die FDP keinen Gegenpol (man soll endlich aufhören, gegeneinander zu arbeiten) sondern sieht das eher als Komplementärfunktion.

Urs-Peter Moos, SVP: Susanna Keller meinte den Gegenpol im Sinne eines Gleichgewichts, so dass die beiden Kräfte gemeinsam das Optimum für die Gemeinde erreichen.

ABSTIMMUNG

Abstimmung: Überweisung des Postulats mit neuem Wortlaut.

Ja: 35

Nein: 2

Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.

Postulat K. Bartels, CVP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich**BESCHLUSS**

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 18.6.2012 traktandiert.

Traktandum 13**Nr. 235****Postulat B. Büschlen, Grüne/EVP: Barrierefreie Benutzung aller Schulhäuser****BESCHLUSS**

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 18.6.2012 traktandiert.

Diversa**Anfrage D. Zimmermann, FDP: Massive Vorwürfe gegen interGGA****236**

Gemeinderätin Anne Mati: Zur Anfrage kann einleitend Folgendes festgehalten werden:

- Die Gemeinde Binningen ist ein wichtiger Aktionär der interGGA (Stimmenanteil 13.67 %) und interessiert an einem kundenfreundlichen, leistungsfähigen und kostengünstigen Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen.
- Die Gebühren gehören schweizweit zu den günstigsten und sind somit konkurrenzfähig (monatliche TV-Abogebühr CHF 8.04).
- Für die Zukunft hat die interGGA den Aktionären kürzlich ein Strategiepapier unterbreitet, zu dem der Gemeinderat demnächst Stellung bezieht, das aber in der Hauptstossrichtung (Netzentwicklung, Anpassung Abos und Reglemente an die Kundenbedürfnisse) richtig liegt. Es sind noch einige Fragestellungen offen (z.B. Investitionen für Netzentwicklung, Eingehen von Kooperationen).
- Binningen ist im Verwaltungsrat nicht vertreten. Der Verwaltungsrat weist die Vorwürfe der Aufsichtspflichtverletzung zurück. Die an der GV 2011 gestellten Fragen zur Rechtmässigkeit von Spesen konnten vom VR beantwortet werden.

1. Hat der Gemeinderat Binningen von den massiven Vorwürfen gegen die interGGA Kenntnis gehabt?

Anne Mati: Ein Teil der Vorwürfe (insbesondere überzogene Spesen und Honorare sowie Konzeptlosigkeit) wurden anlässlich der GV behandelt. Ein Teil der Vorwürfe konnte zumindest in Bezug auf die vorhandenen Reglemente und infolge der Revision entkräftet werden. Der GR Binningen hat im Dezember 2011 zudem durch Landrat Peter H. Müller von diesen und weiteren Vorwürfen gegen den VR erfahren. In mehreren Stellungnahmen zuhanden der zuständigen GR und anderer Adressaten hat der VR stets sämtliche Vorwürfe zurückgewiesen.

2. Wie stellt sich der GR konkret zu den vier geschilderten Vorwürfen der Gemeinde Reinach (Aufsichtspflichtverletzung, überzogene Honorare und Spesen, Einflussnahme auf politische Programme, Konzeptlosigkeit der Geschäftsführung)?

A. M.: Der Gemeinderat ist aufgrund der grösstenteils widersprüchlichen Unterlagen und Aussagen nicht in der Lage, die erhobenen Vorwürfe sachlich zu beurteilen. Er plant, zusammen mit anderen Aktionärgemeinden, v.a. der Standortgemeinde Reinach, an der kommenden GV vom 13.6.2012 vom VR detaillierte Auskünfte zu den erhobenen Vorwürfen zu verlangen. Ein spezielles, vorgängiges Treffen der Trägergemeinden zu diesem Zweck ist vorgesehen.

3. Steht der angekündigte Rücktritt des Verwaltungsratspräsident Christoph Erhardt, Reinach, mit den massiven Vorwürfen in einem direkten Zusammenhang?

A. M.: Diese Frage kann der Gemeinderat nicht beantworten. Der Verwaltungsrat hat zwar eine laufende Erneuerung / Verjüngung im VR in Aussicht gestellt, der konkret vorgesehene Rücktritt von VR-Präsident Erhardt auf die diesjährige GV wurde aber bisher nicht kommuniziert.

4. Was gedenkt der GR Binningen im Hinblick auf die bevorstehende GV vom 5. Juni 2012 zu tun?

A. M.: Neben dem Einbringen von Fragestellungen zu den erhobenen Vorwürfen und einer Stellungnahme zum neuen Strategiepapier wird Binningen auch eine massgebliche Erneuerung des VR unterstützen. Die Kandidatensuche läuft.

5. Ist der GR Binningen gewillt, zur lückenlosen Aufklärung dieser Vorwürfe gegen den Verwaltungsrat die Gemeinde Reinach zu unterstützen?

Der Gemeinderat ist wie Reinach an einer Klärung der Vorwürfe interessiert und wird Reinach dies bezüglich unterstützen.

Anfrage Ch. Anliker, SVP: Littering im Schlosspark und beim Migrolino

246

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von dieser Situation?

Gemeinderätin Anne Mati: Der GR hat Kenntnis von der zunehmenden Littering-Problematik im Schlosspark, weniger von der Situation beim Kronenplatz (Migrolino).

2. Was unternimmt der GR um die Situation zu verbessern?

A. M.: Schlosspark: Bisher wurde die Anlage jeweils freitags und montags von der Gemeindegärtnerei gesäubert (Abfallkübel leeren, Abfälle zusammenlesen). Aufgrund der zunehmenden Verschmutzung und diversen Vorfällen und Reklamationen werden seit 5. Mai 2012 an den übrigen Wochentagen (inkl. Wochenende) Sozialdienstklienten eingesetzt, welche jeweils morgens in der gesamten Anlage die Abfälle zusammennehmen.

Migrolino: Für die Kehrschleife am Kronenplatz (inkl. Bushaltestelle 34) sind gemäss Unterhaltsplan die BVB bezüglich Reinigung und Abfälle zuständig. Die Anlage wird gemäss Unterhaltsplan jeweils am Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonntag (Morgen) gereinigt und die Abfallkübel werden geleert. Der Sängerpfad inkl. Treppe wird von der Gemeinde (Werkhof) betreut. Vor Kurzem wurde dort wegen der herumliegenden Abfälle ein zusätzlicher Abfallkübel in Betrieb genommen. Auch entlang der Hauptstrasse wurden zusätzliche Abfallkübel eingerichtet. Gemäss Konzept sind noch drei Standorte ausstehend. Die Abfallkübel der Gemeinde werden in der Regel zwei mal pro Woche geleert (Zentrum täglich).

3. Hat der Migrolino einen Auftrag, den Abfall einzusammeln, resp. beteiligt er sich an den Entsorgungskosten?

A. M.: Der Migrolino hat eigene Abfallkübel. Diese werden durch Migrolino betreut, geleert und die Abfälle entsorgt. Für die Aussenflächen ist wie bereits erwähnt die BVB verantwortlich.

4. Wie viele Litteringbussen wurden im 2012 bisher verteilt?

A. M.: Es wurden bisher keine Bussen ausgesprochen.

5. Was kostet das Einsammeln des verstreuten Abfalls, respektive wie viel Zeit (Anzahl Stunden pro Woche) wird für das Einsammeln des Abfalls eingesetzt?

A. M.: Bis 2011 gibt es keine Stundenerfassungen für das Einsammeln der Abfälle (Littering), jedoch für das Leeren der Abfalleimer. Im 2011 wurden dafür 460 Stunden aufgewendet. Für Littering (Zusammennehmen von herumliegenden Abfällen) wurden schätzungsweise zusätzlich 100 Stunden für das gesamte Jahr aufgewendet. Seit 1.1.2012 wird dieser Aufwand gemäss Stundenaufzeichnungen des Werkhofs separat erfasst. Ende 2012 wird eine erste, genaue Bilanz vorliegen.

Traude Rehmann, SP:

Zitat: „ Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Es ist meine zweitletzte Sitzung heute in diesem Rat, insgesamt war ich 16 Jahre lang in diesem Rat. Unter Anderem durfte ich auch das Einwohnerratspräsidium innehaben. In dieser langen Zeit habe ich mich noch nie so geärgert wie im Moment, wie in den letzten zwei Wochen. Ich wurde von der Fraktionspräsidentin im Auftrag der GRPK angefragt, ob ich ein Gemeindefahrzeug für private Transporte beansprucht habe. Nicht nur ich, nein die ganze Fraktion inklusive ehemalige Einwohnerräte. Dies ohne begründeten Verdacht, auf blosses Hörensagen hin. Es wurde nicht spezifiziert „wann, wo, wer, wofür“, ohne Angaben von Quellen – aus welcher Küche ist relativ klar. Ein Schuss ins Blaue aufgrund einer zugetragenen Information. Und was macht die GRPK? Nachdem die SP-Mitglieder beschlossen hatten, in den Ausstand zu treten, haben die GRPK-Mitglieder Frau Dubi den Ball weiterzugeben, mit dem Auftrag, nachzuforschen, wer der Sündenbock ist. Das Störende an der Sache ist die Methodik. Aufgrund von Denunziationen und Hörensagen werden Leute unter Generalverdacht gestellt und zum Widerlegen von Gerüchten aufgefordert. Grundsätzlich gilt in unserem Staat immer noch die Unschuldsvermutung. Die GRPK muss mir die Schuld beweisen, nicht ich ihr meine Unschuld. Das ist gut so, das ist unser gut-schweizerisches Rechtssystem. Wir wollen an dieser Stelle (auch im Namen der Fraktion) unserer Empörung über die Umkehrung der Rechtsstaatlichkeit Ausdruck verleihen. Wir wollen deutlich machen, dass wir solche Zustände in unserer Gemeinde und in den offiziellen Organen für unwürdig erachten und die Unfähigkeit der übrigen GRPK-Mitglieder sich gegen solche Praktiken zu verwehren deutlich bedauern. Die Mitglieder der SP-Fraktion haben sich dem Prozedere unterzogen, weil sie sich keiner Schuld bewusst sind. Dass nicht einmal eine Entschuldigung erfolgt, wenn sich etwas als reine Luftblase herausstellt, ist eine andere Sache. Auch für die GRPK muss in Zukunft gelten, dass ein begründeter, beweisbarer Verdacht bestehen muss, bevor mit inquisitorischen Massnahmen eine ganze Fraktion diffamiert wird. Meine Damen und Herren, Sie haben jegliches Augenmass verloren. Soviel zu meinen Gedanken und meinem Ärger. Ich freue mich auf meine letzte Sitzung....“ Zitatende.

Die Sitzung wird geschlossen.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am Montag, 18. Juni 2012, 19.00 Uhr statt.

